

Berlin Aktuell**Die Woche im Bundestag**

01.07.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche ein umfassendes Gesetzespaket zur Energiewende auf den Weg gebracht. Dort wurde nicht nur der Ausstieg aus der Kernenergie, sondern vor allem auch der Einstieg in neue Technologien mit breiter Mehrheit beschlossen. Das heißt der schon im Herbst des vergangenen Jahres beschlossene Einstieg in das erneuerbare Zeitalter soll nun noch stärker als bisher forciert werden.

So sollen Stromnetze schneller ausgebaut, Gebäude besser gedämmt und der Ökostromanteil bis 2020 stark erhöht werden. Bei der Novelle des Atomgesetzes übernahmen die Koalitionsfraktionen den Regierungsentwurf vom 6. Juni 2011: Die acht derzeit abgeschalteten Kernkraftwerke kommen nicht mehr an das Netz, die restlichen neun werden stufenweise bis 2022 abgeschaltet. Mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) wird dafür gesorgt, dass Strom aus regenerativen Energien möglichst rasch in größerem Umfang in das Netz eingespeist und transportiert werden kann. Dazu kann die Bundesnetzagentur für länder- und grenzüberschreitende Höchstspannungsleitungen nunmehr sowohl die Fachplanung als auch die Planfeststellung federführend koordinieren. Das Gesetz zur Neuregelung des Rechtsrahmens für die Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (EEG) zielt darauf ab, den Anteil erneuerbar produzierten Stroms bis spätestens 2020 auf mindestens 35 Prozent zu erhöhen. Mit dem Angebot einer Marktprämie wird eine Brücke für die Integration in den regulären Strommarkt gebaut. Dies soll auch helfen, dass die zum Teil noch hohen Kosten der erneuerbaren Energien nicht noch stärker steigen. Damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Unternehmen nicht über Gebühr belastet wird, wird eine lineare, breit gefasste Ausgleichsregelung eingeführt. Das Gesetz zur Neuregelung energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften hat im parlamentarischen Verfahren ebenso wie das Gesetz zur Stärkung der klimarechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden im Wesentlichen Klarstellungen erhalten. Das Gesetz zur steuerlichen Förderung von energeti-

schen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden setzt nunmehr mit dem Tag seines Inkrafttretens neue steuerliche Anreize: Sanierungsmaßnahmen, die zu einer überdurchschnittlichen Energieeffizienz führen, verringern auf zehn Jahre verteilt die Steuerbemessungsgrundlage. Die Erfahrung hat gezeigt, dass mit solchen Anreizen nicht nur die Energieeffizienz verbessert werden kann, sondern auch das Handwerk enorm profitiert. Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ (EKFG) stellt einen Ausgleich für die entfallenden Beiträge der Kernkraftwerksbetreiber zum Klimafonds (EKF) her. Dazu gehen die Erlöse aus dem Emissionshandel ab 2013 vollständig in den EKF. Trotz des massiven Umbaus unserer Energielandschaft möchten wir, dass die Bürger und Unternehmen in unserem Land weiterhin Strom zu jeder Tages- und Nachtzeit, in jeder Menge und zu bezahlbarem Preis zur Verfügung stehen habe. Unser Energiesystem muss das wirtschaftliche Fundament unseres Landes stärken, zum wichtigen Impulsgeber für Innovation und technologischen Fortschritt werden, die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren und unser Klima schützen helfen. Deutschland darf nicht von Stromimporten abhängig werden, sondern muss seinen Nettobedarf eigenständig erzeugen können. Das ist – gerade auch wegen der eingeleiteten umfassenden Energiewende – weiterhin der Anspruch der christlich-liberalen Koalition.



Auch ich habe in meiner Funktion als Koordinator für Energiepolitik in der Debatte gesprochen. Nach langem Ringen habe ich zugestimmt, aber nur, weil wir nicht nur einen Ausstieg, sondern auch einen Einstieg beschlossen haben.

Ich bin der Meinung, dass ein Ausstieg aus der Kernenergie nur dann gelingt, wenn wir den Einstieg in andere Energietechnologien effizient und erfolgreich organisieren. Wir stehen vor gewaltigen Veränderungen der Energiewirtschaft. Diese Veränderungen sind aber auch eine enorme Chance für



Berlin Aktuell

Die Woche im Bundestag

01.07.2011

Handwerk, Wirtschaft und Natur. Im Gegensatz zum rot-grünen Ausstiegsbeschluss organisieren wir nämlich nicht nur einen geordneten Ausstieg, sondern auch einen effizienten Einstieg.

Sanierungen von Unternehmen erleichtern

Ziel des in dieser Woche in erster Lesung beratenen „Gesetzes zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen“ ist es, die Restrukturierung und Fortführung von sanierungsfähigen Unternehmen zu erleichtern und damit den Erhalt von Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Mit einer Reihe von Änderungen in der Insolvenzordnung wird der Gläubigereinfluss bei der Auswahl des Insolvenzverwalters gestärkt, das Insolvenzplanverfahren ausgebaut, gestrafft und noch stärker auf die Früh-sanierung von Unternehmen ausgerichtet. Auch werden die Eigenverwaltung gestärkt und gerichtliche Zuständigkeiten konzentriert. Die Insolvenzstatistik wird durch ein neues Insolvenzstatistikgesetz verbessert.

Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche in erster Lesung das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ beraten. Mit diesem sollen vor dem Hintergrund des wachsenden Fachkräftebedarfs Qualifikationspotentiale im Inland stärker aktiviert und gleichzeitig die Attraktivität Deutschlands für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland erhöht werden. Das Gesetz sieht für den Zuständigkeitsbereich des Bundes Ansprüche auf eine individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit inländischen Referenzqualifikationen vor. Die Bundesländer sind gefordert, sich bei der Anerkennung durch Landesrecht geregelter Berufe an diesen Maßstäben zu orientieren.

Schutz von Kindern und Jugendlichen

Ebenfalls in erster Lesung wurde das Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und

Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz) in dieser Woche im Deutschen Bundestag beraten. Damit soll eine rechtliche Grundlage für flächendeckende, niedrigschwellige Hilfsangebote für Familien vor und nach der Geburt und in den ersten Lebensjahren des Kindes geschaffen werden. Insbesondere wird die elterliche Erziehungskompetenz in dieser wichtigen Phase gestärkt. Alle wichtigen Akteure im Kinderschutz wie Jugendämter, Schulen, Gesundheitsämter, Krankenhäuser, Ärzte, Schwangerschaftsberatungsstellen und Polizei sollen in einem Netzwerk zum vorbeugenden Schutz von Kindern zusammenwirken. Das Gesetz soll zudem den Einsatz von Familienhebammen stärken, die junge Eltern im ersten Lebensjahr ihres Kindes begleiten.

Internet und digitale Gesellschaft

Die auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingerichtete Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ legte in dieser Woche ihren ersten Zwischenbericht vor. Dargestellt wird die Arbeit in den vier Projektgruppen „Netzneutralität“, „Datenschutz, Persönlichkeitsrechte“, „Urheberrecht“ und „Medienkompetenz“. Zudem werden die Maßnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit erläutert. Handlungsempfehlungen in diesem für uns alle wichtigen Zukunftsfeld werden in einem weiteren Zwischenbericht folgen.

Herzliche Grüße

Ihr

Kurz notiert ! kurz notiert ! kurz notiert !**Jugend und Parlament-ein Angebot des Deutschen Bundestages an Jugendliche**

In jedem Jahr bietet der Deutschen Bundestag 312 Jugendlichen die Möglichkeit, drei Tage in einem groß angelegten Planspiel den Weg der Gesetzgebung im Deutschen Bundestag zu simulieren. In diesem Jahr nahm Stephanie Müller aus Albstadt an der Veranstaltung teil. Der folgende Artikel ist ein Erfahrungsbericht über diese drei Tage von Frau Müller:



„Keiner hat das Recht die Wahrheit für sich zu beanspruchen.“. Mit diesen Worten über den Grundanspruch der Demokratie verabschiedete uns der Bundestagspräsident Norbert Lammert nach vier Tagen Planspiel „Jugend und Parlament“ in Berlin.

Vom 4. bis 7. Juni durfte ich mit 311 anderen Jugendlichen, die ebenfalls

von ihren Bundestagsabgeordneten eingeladen worden waren, in die Rolle von fiktiven Abgeordneten schlüpfen und den anstrengenden aber äußerst interessanten Alltag in Berlin erleben. Jeder bekam eine Rolle, die er zu spielen hatte. So kam es durchaus vor, dass manche gegen ihre eigenen Überzeugungen handeln und argumentieren mussten und man lernte, dass in der Regel jeder Beteiligte gute Argumente hat und sich im Recht wähnt, aber keiner die absolute Wahrheit für sich beanspruchen kann. Ich zum Beispiel schlüpfte in die Rolle einer 50-jährigen verheirateten Frankfurterin, die 3 Töchter hat und durch die Drogensucht einer Tochter zur Politik kam. Alle Namen der fiktiven Abgeordneten waren erfunden, wie auch die der Parteien. Da kam man doch manchmal durcheinander mit ADP, LRP, ÖSP und PSG. Wenn man aber hört, dass CVP die christliche Volkspartei ist,

wird einem schnell klar, wie real unser „Spiel“ war. Als Abgeordnete arbeiteten wir an vier Gesetzesentwürfen, welche in der Fraktionssitzung, in den Ausschüssen und schließlich im Plenum lebhaft diskutiert und letztlich abgestimmt wurden. Das alles geschah vor der beeindruckenden Kulisse des Reichstagsgebäudes und des Paul-Löbe-Hauses, in Räumlichkeiten also, in denen sonst nur „echte“ Abgeordnete arbeiten. So kam es zu einmaligen Erlebnissen, Eindrücken und Begegnungen in der Fraktionsebene, in den Tagungsräumen oder im Plenarsaal des Reichstags. Es gibt sicher keine direktere und beeindruckendere Art parlamentarische Demokratie zu erleben und zu verstehen. Meinen persönlichen Höhepunkt stellte meine Rede vor laufenden Kameras im vollen Plenarsaal dar, in deren Verlauf sich eine hitzige Debatte zum Thema erweitertes Schüler-BAföG entwickelte. Abgerundet wurde unsere Debatte mit einer Podiumsdiskussion mit den „echten“ Fraktionsvorsitzenden bzw. ihren Stellvertretern Kretschmer, Toncar, Steinmeier, Trittin und Gysi über unsere Themen. Abschließend möchte ich mich bei MdB Thomas Bareiß dafür bedanken, dass er mich einlud um bei „Jugend und Parlament“ teilzunehmen. Er nahm sich sogar zwei Stunden Zeit, um mit mir das Spiel mit der Realität abzugleichen und mir einen Einblick in seinen Arbeitsalltag als Parlamentarier zu geben.

Termine (Auswahl)**Freitag, 01. Juli**

- 19:00 Uhr Mitgliederversammlung sowie öffentliche Veranstaltung mit MdB Ernst - Reinhard Beck der CDU Straßberg
- 20:00 Uhr Gespräch mit dem CDA- Bezirksvorstand Württemberg-Hohenzollern, Albstadt

Samstag, 02. Juli

- 13:00 Uhr Familientag der Bizerba GmbH, Balingen
- 18:00 Uhr Öffentliche Gemeinderatssitzung - Lippus, Dautmergen

04. Juli – 08. Juli

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag